

Wirtschaftspolitische Informationen 2/2008

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – April 2008
www.wipo.verdi.de



Frühjahrgutachten – Thema verfehlt!

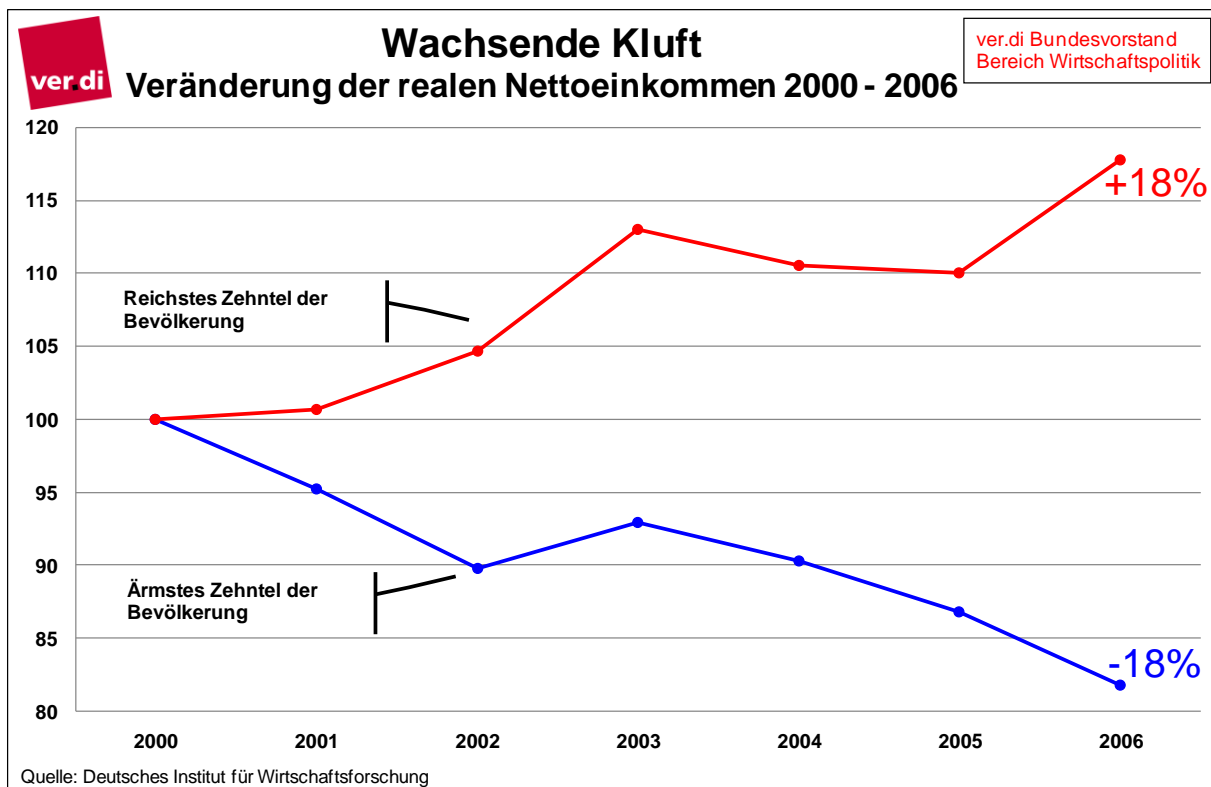
Verteilungskatastrophe bahnt sich an.....	2
Was sagt die deutsche Wirtschafts„elite“?.....	4
Wie gutachten die deutschen Wirtschaftsforscher?	5
Finanzmarktkrise – Gutachter kaum beeindruckt.....	6
Preisentwicklung verschärft Verteilungsproblem	8
Privater Konsum – immer noch Fehlanzeige	9
Inflation – auch eine Folge weltweiter Deregulierung	10
Wirtschaftspolitische Konsequenzen	12

Verteilungskatastrophe bahnt sich an

Das gab es noch nie: Selbst im Aufschwung bleibt die Mehrheit der Bevölkerung von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Schlimmer noch: Die Kluft zwischen Arm und Reich weitet sich sogar noch aus! Die realen Nettoeinkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung stiegen zwischen 2000 und 2006 um 18 Prozent. Das Loch im Portmonee der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung hat sich im selben Zeitraum um den gleichen Prozentsatz ausgeweitet.

Im Aufschwungsjahr 2006 ist die Kluft bei den Einkommen nicht etwa kleiner geworden, sondern noch einmal deutlich gewachsen.

Wundern kann die Entwicklung nicht: 2006 haben gut 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten nur einen Niedriglohn bezogen. 1995 lag diese Quote noch bei 15 Prozent – ein Zuwachs von über 43 Prozent in gerade einmal elf Jahren. 6,5 Millionen Menschen arbeiten heute in Deutschland für Niedriglöhne. Mehr als jede bzw. jeder Fünfte ist betroffen. Deutschland weist damit einen höheren Niedriglohnanteil als Dänemark, Frankreich und die Niederlande auf, liegt gleichauf mit Großbritannien und ist nicht mehr weit von den USA entfernt.¹ Geht der Trend so weiter, wird Deutschland in absehbarer Zeit Niedriglohn-Weltmeister.



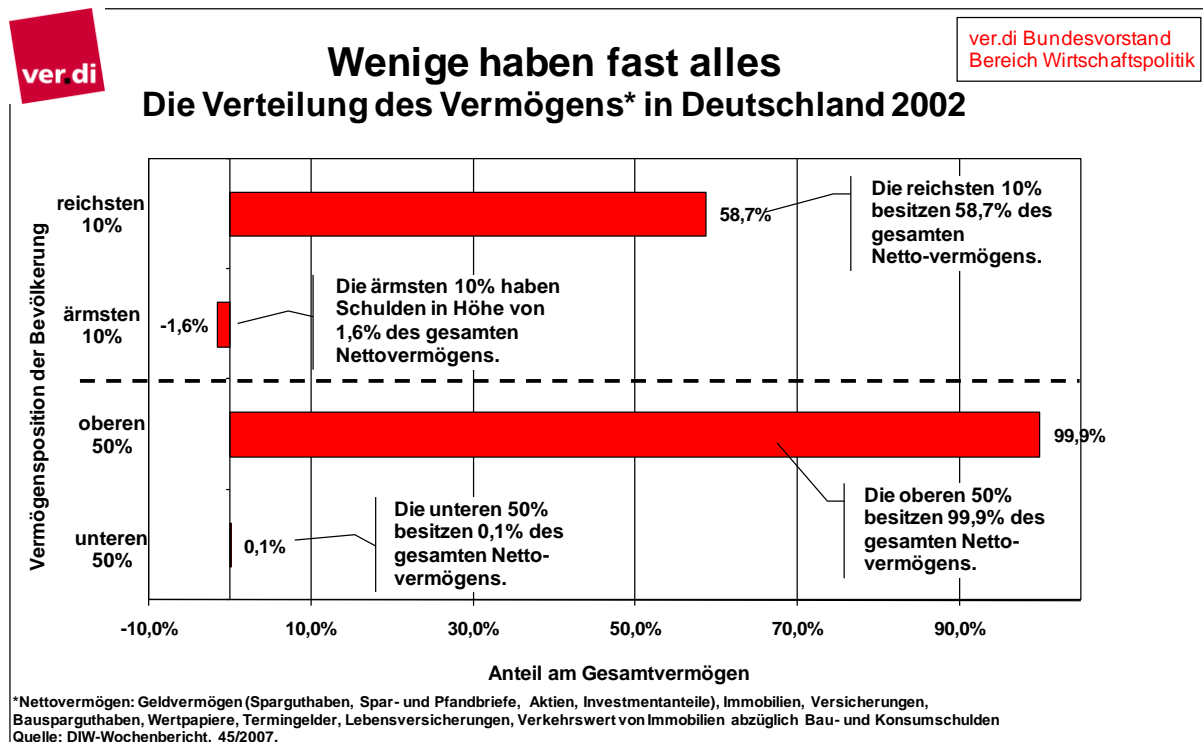
¹ Vgl. Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ): IAQ-Report 2008-01.

Der Mittelstand schmilzt weg: Der Anteil derjenigen, die als einkommensarm gelten, ist zwischen 2000 und 2006 von knapp zwölf auf über 18 Prozent der Bevölkerung gestiegen. Fast 15 Millionen Menschen haben damit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung. Für einen Alleinstehenden sind das weniger als 870 Euro im Monat.

Die Mittelschicht bricht weg: Die Reichen haben immer mehr, während die Armen sich immer weiter verschulden.

Auch die Zahl derjenigen, die in strenger Armut leben, hat sich weiter erhöht. Sie haben weniger als 580 Euro im Monat zur Verfügung. Vor acht Jahren lag ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung noch unter vier Prozent. Mittlerweile sind es fast doppelt so viel. Da in dieser Zeit das Volkseinkommen um 20 Prozent gestiegen ist, müssen andere besonders profitiert haben. Und in der Tat: Der Anteil der „Besserverdienenden“ an der Bevölkerung hat sich zeitgleich von knapp sieben Prozent auf über neun Prozent erhöht. Sie haben 2.900 Euro oder mehr für sich allein monatlich zur Verfügung.²

Diese Entwicklung treibt die Vermögensverhältnisse in Deutschland immer weiter auseinander. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besaßen bereits 2002 fast



² Vgl. den Vorabbericht zum Reichtums- und Armutsbericht in der Berliner Zeitung vom 22. April 2008.

60 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmsten zehn Prozent haben überhaupt kein Vermögen – sie sind in der Höhe von fast zwei Prozent des gesamten Vermögens verschuldet.

Was sagt die deutsche Wirtschafts„elite“?

Deutsche Manager weigern sich das Problem der wachsenden Einkommens- und Vermögenspolarisierung auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Vor allem geht es ihnen darum, ihre exorbitanten Einkommen und Einkommenssteigerungen zu rechtfertigen. Im Durchschnitt hat 2007 jeder Vorstandsvorsitzende eines DAX-Unternehmens 5,1 Millionen Euro kassiert. An der Spitze steht der Chef der deutschen Bank Josef Ackermann. Er kassierte 14,3 Millionen Euro. Das sind 1.600 Euro pro Stunde – selbst im Schlaf! Und dieses Einkommen will er tatsächlich noch als Leistungseinkommen – also als Ausdruck von Arbeit – verstanden wissen!

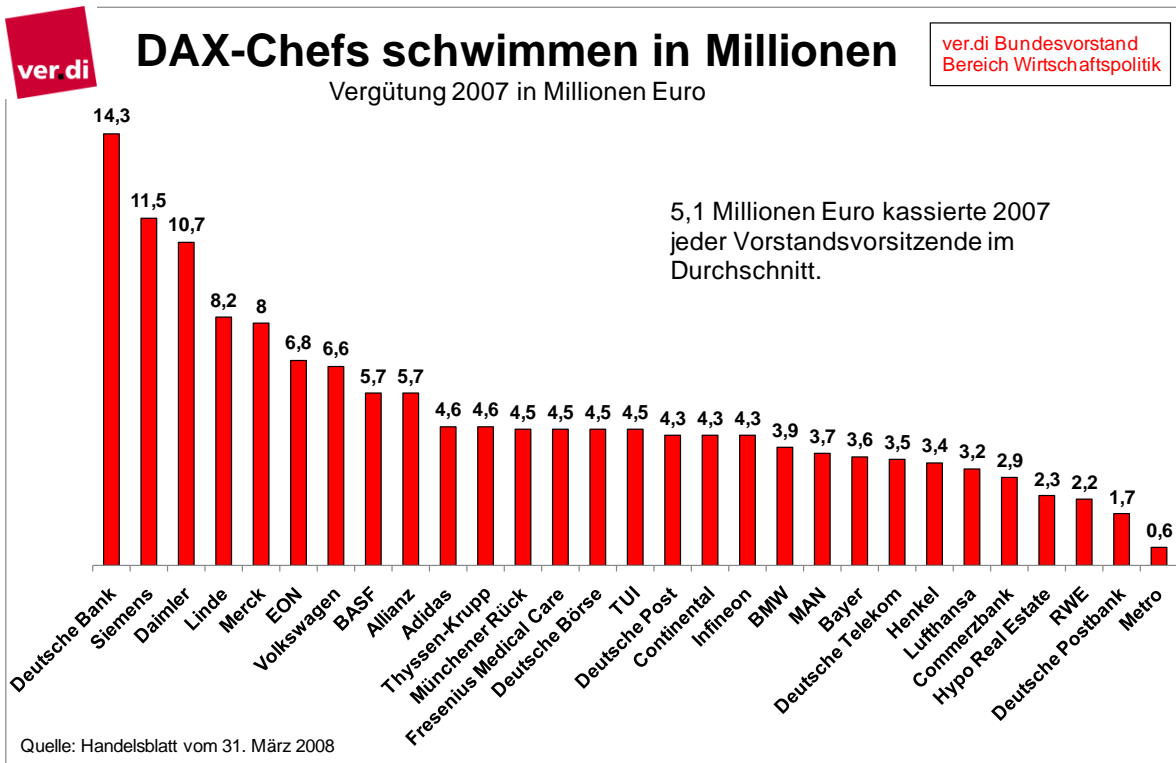
Wir hier in Deutschland schauen immer nur auf die Verteilung. Dabei lässt sich doch nur verteilen, was vorher erarbeitet wurde.

Josef Ackermann im SPIEGEL vom 3. März 2008, Seite 79

Auch Matthias Döpfner, Chef des Springer-Konzerns, blies jüngst in das gleiche Horn. Steuersenkungen für Reiche und Besserverdienende bei gleichzeitig massiv erhöhtem Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zuge der Hartz-Reformen gehen ihm noch nicht weit genug. Im Unterschied zu den USA gäbe es in Deutschland immer noch eine „Planwirtschaft light“.

Döpfner vergaß zu erwähnen, dass auch in den USA der Wohlstand nur bei den reichen Schichten der Bevölkerung angekommen ist. Lohnsenkung und Jobunsicherheit haben große Teile der weißen Mittelschicht erfasst. Die schlechter bezahlte Hälfte der Erwerbstätigen hat heute weniger Geld zur Verfügung. Und das obwohl die Volkseinkommen seit 2000 um fast 20 Prozent gewachsen ist. Die 300.000 Superreichen, die gerade einmal 0,1 Prozent der amerikanischen Bevölkerung ausmachen, erzielen mittlerweile ein höheres Einkommen als die 120 Millionen Amerikaner im unteren Drittel der Einkommensskala.

Aufgrund der verteilungspolitisch verheerenden Entwicklung nicht zuletzt in den USA beginnen einzelne Ökonomen die Zeichen der Zeit zu erkennen. Sie sehen, dass ein fundamentales Umdenken und eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell unumgänglich ist, um eine globale Katastrophe noch verhindern zu können.



Für Stephen Roach, Chefökonom der zweitgrößten US-amerikanischen Investmentbank Morgan Stanley, kann es nicht so weitergehen, dass „aller Gewinn aus der Globalisierung an die Kapitalbesitzer geht, während die Einkommen der Arbeiter und Angestellten bestenfalls stagnieren.“ Dies stellte er nicht irgendwo, sondern auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2007 vor über 2.000 Managern und Spitzenpolitikern fest. Ähnlich äußerte sich der bekannte US-Ökonom Robert Shiller. Eine „mächtige kosmopolitische Klasse „häufe immer größere Reichtümer an, während die vielen Menschen, die zurückbleiben, unter immer größeren Druck geraten.“ Und selbst der Präsident der amerikanischen Notenbank, Ben Bernanke, sorgt sich darum, ob „die Früchte der globalen Integration ausreichend weit verteilt werden.“³

Wie gutachten die deutschen Wirtschaftsforscher?

Die dramatische Entwicklung bei der Einkommens- und Vermögensverteilung wird von den führenden Ökonomen und Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland hartnäckig nicht zur Kenntnis genommen. Für sie ist ihre seit Jahren verabreichte Medizin richtig, die Dosis müsse jedoch erhöht werden. Dies zeigt sich einmal mehr in der gerade erschienenen Frühjahrsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Die skandalösen Entwicklungen beim Einkommen wie beim Vermögen werden schlicht ignoriert.

³ Vgl. zu den Zitaten Harald Schumann: Wer rettet die Globalisierung, in: Tagesspiegel, 20. April 2008.

So verwundert es nicht, dass Begriffe wie Niedriglohn, Armut, Reichtum, Verteilung oder gar Gerechtigkeit in der Diagnose nicht vorkommen.⁴ So als ob es keine grundlegenden Probleme in der wirtschaftlichen Entwicklung gäbe, wird eine Fortsetzung der bekannten neoliberalen Politik gefordert:

- Keine Abkehr von der Agenda 2010, da sie maßgeblich die Wachstumskräfte gestärkt habe;⁵
- keine gesetzlichen Mindestlöhne, da dadurch die als positiv eingestufte Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre konterkariert würde;⁶
- keine Abkehr vom staatlichen Sparkurs;⁷
- kein Konjunkturprogramm zur Stärkung der Binnennachfrage.⁸

Ohne den leisesten Hinweis auf sich verstärkende Verteilungsprobleme wird weiterhin für die überkommene neoliberale Botschaft getrommelt. Steigenden Reichtum für wenige ist gut und wünschenswert, denn am Ende würden alle profitieren – so die Logik der sogenannten „Pferdeäpfeltheorie“: Die Spatzen seien am besten versorgt, wenn die Pferde gut zu fressen haben. Dann können sie sich genug aus den Pferdeäpfeln herauspicken. Dass mittlerweile aber immer weniger bis gar nichts mehr hinten für die Spatzen abfällt, wird beharrlich nicht zur Kenntnis genommen. Obwohl die Pferde so gut im Futter stehen wie nie zuvor.

Die Diagnose der wirtschaftlichen Entwicklung kommt einer Realitätsverweigerung gleich!

Finanzmarktkrise – Gutachter kaum beeindruckt

Auch die Finanzmarktkrise beirrt die Gutachter nicht in ihrer marktgläubigen Haltung. Konsequenzen, Forderungen nach einer verstärkten Kontrolle, gar eine Regulierung der Finanzmärkte werden nicht einmal angesprochen. Die Ursachenanalyse geht über die Beschreibung der Symptome nicht hinaus: US-Banken hätten

⁴ Nur versteckt in einzelnen Fußnoten äußern das deutsche gewerkschaftsnahe *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung* (IMK), das Österreichische *Institut für Wirtschaftsforschung* (WIFO) und das *Institut für Wirtschaftsforschung Halle* (IWH) Kritik. Die neoliberale Ausrichtung des ganzen Gutachtens erschüttert das nicht.

⁵ Falsch! Vgl. ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen 5/2007.

⁶ Falsch! Vgl. ver.di Bundesvorstand und NGG (Hrsg.): *Arm trotz Arbeit? Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn*, Berlin 2007.

⁷ Falsch! Vgl. ver.di Bundesvorstand (Hrsg.): *Genug gespart! Öffentliche Leistungen stärken*, Berlin 2007.

⁸ Falsch! Vgl. ver.di Bundesvorstand (Hrsg.): *In unsere Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung, Umwelt und ein besseres Leben*, Berlin 2006 und „Die Schublade des Herrn Glos“, *Wirtschaftspolitik* aktuell Nr. 2, Januar 2008.

„zu leichtfertig“ Hypothekenkredite an „mehr oder weniger mittellose Aspiranten auf ein Eigenheim“ vergeben. Dies in dem Bewusstsein, die Zahlungsverpflichtungen ihrer Schuldner in neuartige Finanzmarktprodukte einbringen und rasch weiterverkaufen zu können.

Tatsächlich stiegen aufgrund der so ausgelösten hohen Nachfrage nach Immobilien die Preise und es bildete sich die vielzitierte „Immobilienpreisblase“. An dieser haben viele zwischenzeitlich gut verdient – nicht zuletzt die Deutsche Bank. Als die Blase platzte und Zahlungsausfälle und Zwangsversteigerungen sich häuften gerieten einzelne Banken in Liquiditätsschwierigkeiten. Plötzlich glaubt auch Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann „nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte“ und ruft nach staatlichen Hilfen. Freilich erst nachdem er nicht zuletzt persönlich von der Immobilienpreisblase profitiert hatte.

Die aktuelle Finanzkrise macht die vorhandene Doppelmoral deutlich: Erst privat abkassieren und dann nach dem Staat rufen!

Zu dieser Doppelmoral findet sich erwartungsgemäß kein Wort im Frühjahrsgutachten. Spekuliert wird lediglich, ob und in welchem Ausmaß es zu Auswirkungen auf die Realwirtschaft kommen könne. Schließlich agierten die Banken bei der Kreditvergabe nun vorsichtiger. Die Institute schätzen die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen aber als gering ein. Aufgrund der ausgezeichneten Gewinnsituation der Unternehmen ist bisher tatsächlich kaum mit einer Kreditklemme zu rechnen. Und damit auch nicht mit negativen Auswirkungen auf das Investitionsverhalten.

Sobald der Staat für die negativen Folgen der Turbulenzen auf den Finanzmärkten eingestanden ist, wird der Ruf nach dem Staat schnell wieder in ein Zurück mit dem Staat umschlagen.

Eine der tieferen Ursachen der Finanzmarkturbulenzen ist die Umverteilung von unten nach oben. Das haben die Gutachter nicht im Blick. Wachsende Vermögensmassen in wenigen Händen sind auf der Suche nach rentierlichen Anlageformen. Hinzu kommt die überall propagierte Privatisierung der Rente, die den Finanzmärkten Milliardensummen zuspült. Die müssen irgendwie und irgendwo gewinnbringend angelegt werden – zum Beispiel in US-amerikanischen Hypothekenkrediten.

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten bieten viele Gründe, die Deregulierung der Finanzmärkte zurückzudrehen. Ebenso wie die vielschichtigen Förderungen der

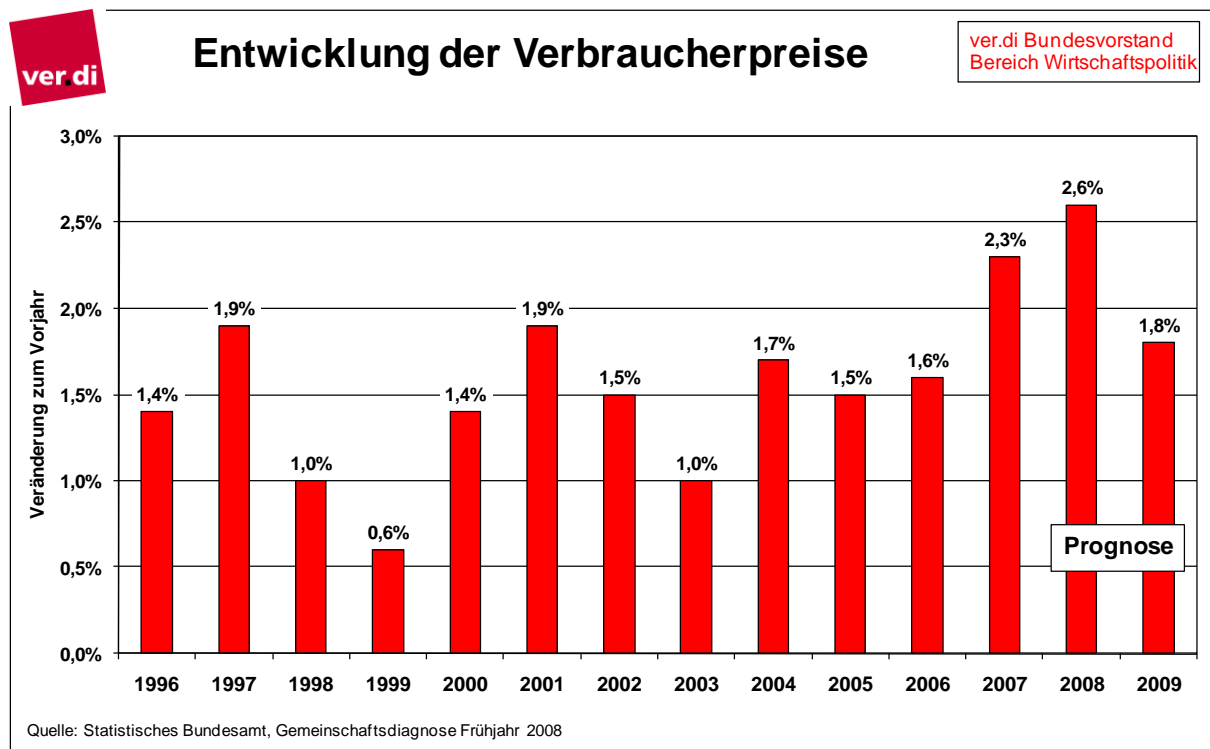
Finanzinvestoren, nicht zuletzt der Hedge-Fonds. Diese hatten sich massiv auf die aus Hypothekendarlehen gespeisten neuen Finanzmarktprodukte gestürzt und so die Blase weiter angeheizt.⁹

Preisentwicklung verschärft Verteilungsproblem

Die Verbraucherpreise sind im März 2008 gegenüber dem Vorjahreswert um gut drei Prozent gestiegen. Im Jahresdurchschnitt erwarten die Gutachter einen Anstieg um 2,6 Prozent. Hört sich nicht sonderlich dramatisch an. Angesichts der bislang hohen Preisstabilität in Deutschland ist es aber so viel wie seit Jahren nicht mehr. Aufgrund der schwachen Entwicklung der Löhne und Gehälter drohte in den letzten Jahren in Deutschland sogar ein Preisverfall, also Deflation.

Die aktuelle Preisentwicklung ist durch die weltweite Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln getrieben. Benzin, Strom, Gas und Öl sind im Schnitt zwölf Prozent teurer als vor einem Jahr, Nahrungsmittel um acht Prozent. Besonders stark sind die Preise für Molkereiprodukte gestiegen, aber auch für Getreide, Brot und Obst muss deutlich tiefer in die Tasche gegriffen werden.

Menschen mit geringen Einkommen werden durch diese Preissteigerungen besonders belastet. Sie müssen einen verhältnismäßig großen Teil ihres Geldes für diese



⁹ Vgl. ver.di Bundesvorstand (Hrsg.): Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur!, Berlin 2007.

Güter ausgeben. Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner leiden so doppelt unter der ungleichen Verteilung: Sie sind nicht nur von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt, sondern auch noch übermäßig von der Verteuerung des Lebensnotwendigen betroffen.

Besonders stark sind die Preise für das Lebensnotwendige gestiegen: für Essen, Trinken und Heizen.

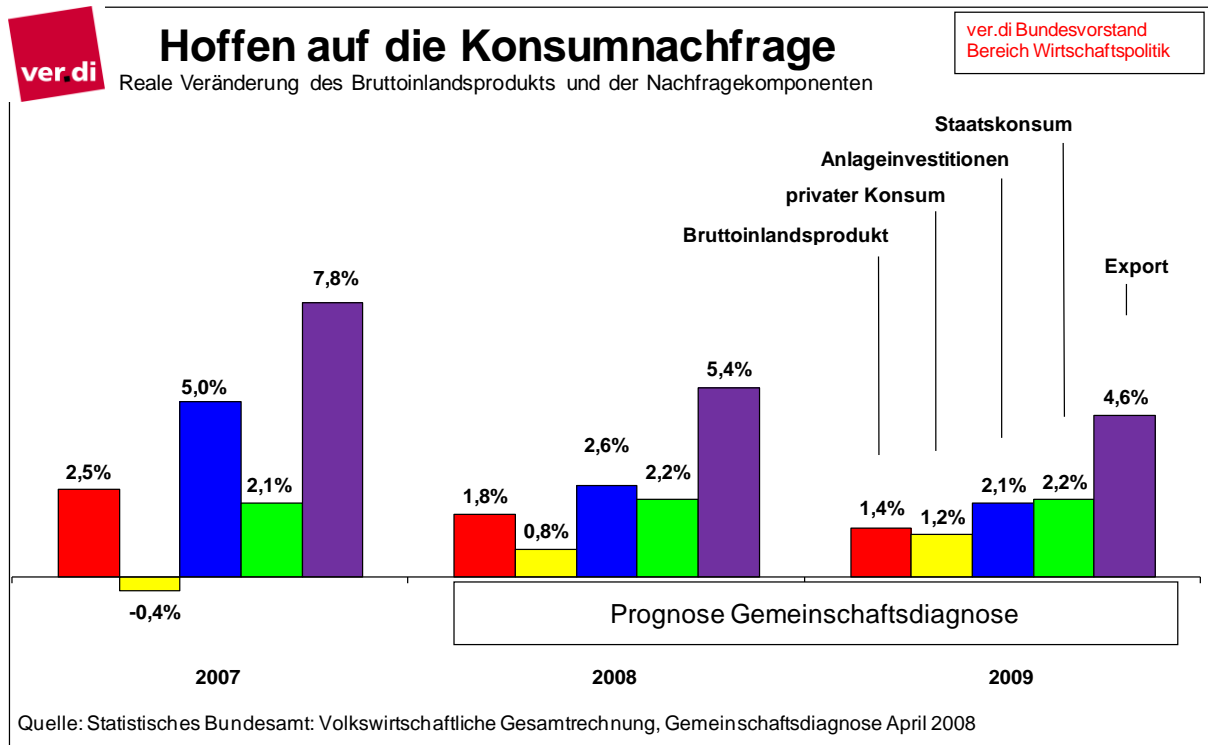
Die Gutachter sehen in der erhöhten Inflationsrate aber ein ganz anderes Problem: Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften könnten versuchen Lohnsteigerungen durchzusetzen, die den Preisanstieg ausgleichen. Das würde nur die Inflation weiter anheizen – die sogenannten Zweirundeneffekte. Deshalb sollten die Beschäftigten auf einen Ausgleich verzichten, mit anderen Worten: sie sollen die Kosten der Inflation gefälligst alleine tragen.

Doch nach der jahrelangen Umverteilung von unten nach oben und der noch immer schwachen privaten Konsumnachfrage ist dieses Argument nicht nachvollziehbar. Selbst ein Lohnzuwachs, der über dem Verteilungsspielraum liegt, wäre ökonomisch gut vertretbar. Eine Korrektur der Einkommensverteilung kann den Aufschwung verlängern. Eine Lohn-Preis-Spirale wird dadurch nicht ausgelöst. Unternehmen haben riesen Gewinne erzielt und können höhere Weltmarktpreise locker wegstecken.

Privater Konsum – immer noch Fehlanzeige

Fast schon Tradition hat in den Gutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute die Warnung vor zu hohen Lohnzuwächsen bei gleichzeitiger Klage über die zu schwache Binnennachfrage. Die Gutachter setzen darauf, dass über sinkende Löhne mehr Arbeitsplätze und so mehr Einkommen und Nachfrage entsteht. Deshalb finden sich von Gutachten zu Gutachten äußerst optimistische Prognosen über die Entwicklung des privaten Konsums. Und von Gutachten zu Gutachten muss eingeräumt werden, dass die Konsumbelebung wieder einmal ausgeblieben ist. Das geht nun schon seit mehreren Jahren so.

Auch im Frühjahr 2007 war wieder ein Anstieg des privaten Konsums von knapp einem Prozent prognostiziert worden. Tatsächlich ist der private Konsum gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent geschrumpft. Für 2008 hatten die Gutachter zuletzt ein Plus von fast zwei Prozent erwartet und diese Vorhersage jetzt drastisch auf ein Plus von nur noch 0,8 Prozent nach unten korrigiert. Etwas optimistischer ist man wieder für 2009 mit einem prognostizierten Anstieg um 1,2 Prozent ...



1,3 Millionen Beschäftigte verdienen so wenig, dass sie zusätzlich Hartz IV erhalten. Wo soll da der Konsumschub herkommen?

Mit Lohndumping ist keine durchgreifende Belebung auf dem Binnenmarkt zu erreichen. Da hilft auch nicht, dass die Erwerbstätigkeit 2007 um 650.000 Personen angestiegen ist. Die ehemals Arbeitslosen verdienen mit Leiharbeit, Minijobs und als Neuselbständige nämlich oftmals kaum mehr als sie vorher an staatlicher Unterstützungsleistung bekommen haben. Häufig sogar so wenig, dass sie weiterhin ergänzende Hilfe vom Staat bekommen.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Kräftige Lohnzuwächse sind notwendig, damit der private Konsum anspringt und so Binnennachfrage und Wachstum anschiebt. Nur so ist ein kräftiger und vor allem anhaltender Aufschwung möglich. Glücklicherweise gibt es inzwischen einen deutlichen Schub für die Binnennachfrage durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Weitere müssen folgen!

Inflation – auch eine Folge weltweiter Deregulierung

Zweifellos wirkt die weltweit steigende Nachfrage nach Energie und Nahrungsmitteln preistreibend. Die rohstofffördernden Länder profitieren von hohen Preisen und haben kaum Interesse, das Angebot zu steigern. Zu diesem Preiskartell kommt aber ein weiterer Faktor: die Spekulation. Auf den deregulierten Finanzmärkten haben inter-

ationale Spekulanten Knappheiten bei Rohstoffen als vorzügliches Mittel zur Profitmaximierung entdeckt. Im Ergebnis treiben sie die Preise weiter nach oben.

Spekuliert wird heute auch mit allem was essbar ist und an Terminbörsen gehandelt wird: Vom Getreide über Orangen bis hin zu Schweinehälften. Unter der Annahme weiter steigender Preise ordern Hedge-Fonds, Finanzfonds, Investmentbanken ja selbst Pensionskassen zum Beispiel Kontingente von Weizen für einen späteren Termin zu einem festen Preis – solche Kontrakte nennen sich „Futures“. Geht die Wette auf und liegen zum Abnahmetermin die Preise tatsächlich höher, wird die Differenz als Gewinn kassiert.

Ohne ausreichende Regulierung tendiert die Marktwirtschaft zum Katastrophen-Kapitalismus.

Diese spekulationsgetriebene Nachfrage katapultiert die Preise weiter nach oben. So verdoppelte sich etwa der Preis für Reis innerhalb von acht Monaten. Getreidehändler haben errechnet, dass Finanzinvestoren mittlerweile die Rechte an zwei kompletten Jahresproduktionen der in Chicago gehandelten Weizensorte „Soft Red Winter Wheat“ besitzen.¹⁰ Wenn die Einkommen bei den ärmeren Teilen der Bevölkerung aber gleichzeitig stagnieren oder gar sinken, können sie sich das Lebensnotwendigste oft nicht mehr leisten.

Wenn nicht bald etwas geschieht, werden wir erleben, dass Menschen überhaupt kein Essen kriegen, egal zu welchem Preis. So etwas kennen wir nur aus den Geschichtsbüchern; ich fürchte, das könnte wieder passieren.

Jim Rogers, Rohstoff-Spekulant, laut SPIEGEL vom 21. April 2008, Seite 112

In vielen armen Ländern ist es wegen der teuren Lebensmittel schon zu Gewalt und Plünderungen gekommen. Diese Hungerrevolten sind ein sichtbarer Ausdruck der Verzweiflung der Menschen. Weltbank und IWF warnen davor, dass 100 Millionen Menschen noch tiefer in Armut versinken könnten und treten für Nothilfen ein. Zusätzlich fordert der französische Landwirtschaftsminister Michel Barnier eine europäische Lebensmittel-Initiative. „Man kann die lebenswichtige Frage der Versorgung der Menschen nicht nur den Gesetzen des Marktes und der internationalen Spekulation überlassen“, sagte Barnier.

¹⁰ Vgl. den Artikel „Tödliche Gier“, in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 21. April 2008, Seite 108-112.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Angesichts der nationalen wie internationalen Herausforderungen kann das aktuelle Frühjahrsgutachten nur mit ungenügend beurteilt werden. Die bedrohlichen Trends werden weder benannt noch erörtert, geschweige denn adäquate Gegenmaßnahmen erörtert. Statt einem „Weiter so“ wie bisher oder einer „Agenda 2020“, die die verheerenden Wirkungen der „Agenda 2010“ fortführt, brauchen wir eine Abkehr von der vorherrschenden neoliberalen Politik. Wichtige Eckpunkte einer alternativen Agenda, die den massiven verteilungspolitischen Problemen gerecht wird, sind:

Einkommenspolitik: ver.di will der Polarisierung bei den Einkommen und Lohn-dumping entgegenwirken. Statt Ein-Euro- und Mini-Jobs wollen wir tariflich geschützte sozialversicherte Beschäftigung. Leiharbeit und Befristungen müssen re-reguliert werden. Und wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, der in schnellen Schritten auf neun Euro steigt.

Steuerpolitik: ver.di fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer und eine höhere Besteuerung von Unternehmen. Der Spitzensteuersatz muss wieder auf 50 Prozent erhöht werden – und bei Einkommen über zwei Millionen Euro auf 80 Prozent.

Finanzpolitik: ver.di fordert ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 40 Milliarden Euro. Mehr und bessere Bildung für unsere Kinder und Investitionen in unsere Umwelt verbessern die Zukunftschancen für uns alle. Gleichzeitig würden über eine Million Arbeitsplätze geschaffen.¹¹

Regulierung der Finanzmärkte: ver.di will eine Re-Regulierung der Finanzmärkte und eine Rücknahme der erfolgten Sonderbehandlung von Finanzinvestoren. Konkret fordern wir eine stärkere Kontrolle der Finanzinvestoren, Kreditbeschränkungen für Hedge- und Private-Equity-Fonds, öffentliche Rating-Agenturen und die Einführung der Tobin-Tax.¹²

¹¹ Vgl. ver.di Bundesvorstand (Hrsg.): In unsere Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung, Umwelt und ein besseres Leben, Berlin 2006.

¹² Vgl. ver.di Bundesvorstand (Hrsg.): Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur!, Berlin 2007.